

# Paderborner Volksblatt

## für Stadt und Land.

Nro. 15.

Paderborn, 3. Februar

1849.

Das Paderborner Volksblatt erscheint vorläufig wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Samstag. Der vierteljährliche Abonnementspreis beträgt 10 Sgr., wozu für Auswärtige noch der Postaufschlag von 2½ Sgr. hinzukommt. Anzeigen jeder Art finden Aufnahme, und wird die gespaltene Zeile oder deren Raum mit 1 Sgr. berechnet. Bestellungen auf das Paderborner Volksblatt wolle man möglichst bald machen (Auswärtige bei der nächstgelegenen Postanstalt), damit die Zusendung frühzeitig erfolgen kann.

### Uebersicht.

#### Zur Kaiserfrage.

**Deutschland.** Paderborn (Ausfall der Wahlen); Berlin (das Handwerker-Parlament; Fortbau von Eisenbahnen); Frankfurt a. M. (Brief des Reichsverweisers; das Reichsministerium und die Bevollmächtigten der deutschen Regierungen; Erklärung der Fürstin von Waldeck; die Preuß. Note; Handelsvertrag mit Nordamerika); Breslau (die Wahlen); Frankfurt a. d. O. (Soldaten-Größ); Düsseldorf (Konflikt mit der Polizei); Magdeburg (die Wahlen); Kassel (Erklärung des Ministeriums); Wien (Orlan).

**Frankreich.** Paris (Aufregung; die Ruhe nicht gestört; Schreiben des Papstes an den Erzbischof von Paris).

**Italien** (Rom in Belagerungszustand; Luftballonmörder).

#### Neueste Nachrichten.

#### Vermischtes.

Z. Paderborn, 1. Febr. 1849.

### Zur Kaiserfrage.

Die für die Einheit und Größe Deutschlands so wichtige Frage, ob das Geschlecht der Habsburger oder das der Hohenzollern den Thron der „Kaiser der Deutschen“ besteigen soll, hat in öffentlichen Versammlungen und in der Presse die geistigen Kräfte zu einem Kampfe herausgefordert, welcher ohne Zweifel mit einem Siege des preussischen Königshauses enden wird. In den letzten Sitzungen unserer Vertreter in Frankfurt ist die verschiedene Anschauungsweise, welche die Fraktionen der Versammlung bei ihren Abstimmungen über das Programm des Reichsministeriums und über das Reichsoberhaupt geleitet, klar hervorgetreten. Man hat behauptet, daß Partikularismus, materieller Vortheil oder Furcht vor materiellen Nachtheilen den Kaiser von Oesterreich an die Spitze von Deutschland gestellt wissen wollte; andererseits aber stimmte man gegen die Regierung eines Einzelnen oder gegen die Erblichkeit des Kaiserthums überhaupt, um nur den Regenten der kleineren, deutschen Staaten die Theilnahme an der Ausübung der kaiserlichen Hoheitsrechte zu sichern. Endlich wurde auch vom religiösen Standpunkte aus der Katholizismus in Deutschland für gefährdet gehalten, wenn der Kaiser der Deutschen der protestantischen Confession angehören würde. Jeden Deutschen, welcher nur in der Einheit die Macht und das Wohl unseres Vaterlandes erblickt, muß es gewiß betrüben, wenn durch den letzten Gesichtspunkt in der Oberhauptsfrage die zwischen den Confessionen bestehende Kluft noch erweitert werden sollte. Es ist jedoch in unsern Tagen oft die Behauptung aufgestellt, daß die Einheit Deutschlands ein Problem sei, welches nur durch die Einheit im Glauben gelöst werden könne; ist dies wahr, dann ist es um so mehr die Pflicht jedes Vaterlandsfreundes, zu gegenseitigem Verständniß ehrlich und aufrichtig die Hand zu bieten, jeden Stein des Anstoßes aus dem Wege zu räumen. Manchem unserer Leser dürfte also von Interesse sein, wenn wir kurz den Inhalt eines in der Nr. 4 des Jahrgangs 1849 des in der Rheinischen Buchhandlung zu Münster erscheinenden „Sonntagsblattes“ enthaltenden Artikels vom Rhein mittheilen.

Der Verfasser geht davon aus, daß die Frage über die Kaiserwahl sowohl nach der Art und Weise, wie jene in den öffentlichen Blättern besprochen werde, als nach einem einfachen Blicke in unsere geschichtliche Entwicklung identisch mit der Frage geworden sei, ob der Katholizismus oder der Protestantismus in Deutschland die Oberhand gewinnen solle. Die Beantwortung dieser, sowie jeder mit der Einheit Deutschlands zusammenhängenden Frage soll von einer gegenseitigen Verständigung der Confessionen auf rechtlicher

Grundlage den neuen Zeitverhältnissen gegenüber einzig und allein abhängig sein. Es geht dann der Verfasser auf eine allgemeine Betrachtung der Stellung der Parteien über. Nach der Geschichte, fährt er fort, habe Oesterreich eben so entschieden als der Schirmherr und Anwalt der katholischen Sache in Deutschland gegolten, als Preußen den Protestantismus in Schutz genommen habe. Es lasse sich nicht verkennen, daß, je nachdem Preußen oder Oesterreich an die Spitze trete, Deutschland die Bedeutung einer vorwiegend protestantischen oder katholischen Macht bekomme; indeß dürfe nicht übersehen werden, daß durch die neuern Verhältnisse eine andere Stellung der Parteien vorbereitet werde. Zunächst sei der Idee, daß Oesterreich die katholische Sache besonders in Schutz nehmen werde, nicht zuviel Gewicht beizulegen. Die bisher von Oesterreich ausgeübte Schirmherrschaft über die katholische Kirche, welcher allerdings manche Wohlthat zu danken sei, habe durch die Bureaucratie und die Staatsgewalten zur Bedrückung der katholischen Kirche geführt, welche neuerdings durch den von dem österreichischen Episcopat gegen dieselbe erhobenen Kampfe klar geworden sei. Eine katholisch-kaiserliche Macht sei für die Zukunft nicht die wesentliche Stütze der katholischen Kirche in Deutschland, indem diese sich jetzt auf sich selbst stellen müsse. Die Versammlung der deutschen Bischöfe zu Würzburg sei als Vorläuferin regelmäßiger Nationalsynoden ein viel bedeutenderes Ereigniß, als selbst die günstigste Gestaltung der äußern Verhältnisse der Kirche. — Andererseits könne man auch Preußen, wie es jetzt sei, nicht mehr so unbedingt als den Hauptträger und Vorkämpfer des Protestantismus bezeichnen. Preußens Geschichte sei zwar bisher aufs Innigste mit der Ausbildung des protestantischen Prinzips verknüpft gewesen und man könne in Preußen eine vollkommene Durchbildung des Aufgehens der Kirche in den Staat erblicken; diesem Systeme sei aber durch die Revolution, welche den Grundsatz, daß es keine Staatskirche mehr geben solle, zur Geltung gebracht habe, die Spitze abgebrochen. Das unter der vorigen Regierung geltende Prinzip überherrsche zwar noch geistig die Idee des preussischen Staates; unter den protestantischen Unterthanen jedoch, welche Bekenner des positiven Christenthums seien, stehe die Mehrzahl der katholischen Kirche näher, als jene selbst es wisse. Hierzu komme noch, daß die mehr als ⅓ der Bevölkerung ausmachende Anzahl der Katholiken gegenwärtig den Kampf gegen jede Unterdrückung der Kirche aufzunehmen bereit seien. —

Am Schluß des Artikels kommt der Verfasser darauf zurück, daß der Katholizismus sich selbst schützen und tragen müsse und nicht durch zu großes Hinneigen und zu inniges Anschließen an irgend eine weltliche Macht sein Heil erwarten solle. Oesterreich könne erst dann das Zutrauen der Katholiken wiedergewinnen, wenn es wahrhaft freisinnig, wie in allen, so auch namentlich der Kirche gegenüber sich stelle und aufrichtig sein engherziges Bevormundungssystem gegen sie ablege. —

Der katholischen Kirche ist überdies in den deutschen Grundrechten und der preussischen Verfassungs-Urkunde (Art. 12) die selbstständige Verwaltung ihrer Angelegenheiten garantirt. Suchen wir dieser Garantie Geltung und Bestand zu verschaffen, so haben wir keinen Grund zu ängstlicher Sorge für die äußern Verhältnisse der Kirche. — Die Religionstrennung hat Deutschlands Einheit und Macht untergraben; gegenseitige Liebe der Confessionen möge nun das zerrissene Band wieder anknüpfen, dann wird Verschiedenheit des religiösen Bekenntnisses nicht die Waffe sein, mit welcher die Wiedergeburt des einigen und mächtigen Deutschlands bekämpft wird.